



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen GmbH

## Inhaltsverzeichnis

|            |  |   |
|------------|--|---|
| 08.03.2025 | Sächsische Zeitung Online: 70 Prozent wollen nach einem Atomendlager suchen – Sicherheit wichtiger als Schnelligkeit | 3 |
| 09.03.2025 | HNA online: Rückkehr zur Kernenergie bis 2030: Firma prognostiziert „günstigem Strom“ für alle                       | 5 |

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Sächsische Zeitung Online

## 70 Prozent wollen nach einem Atomendlager suchen – Sicherheit wichtiger als Schnelligkeit

8. März 2025 10:40 | Medienart: Online | Visits/Monat: 8.600.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Berlin. Knapp zwei Jahre nach dem deutschen Ausstieg aus der Kernenergie ist laut einer Umfrage die Zustimmung zur Suche nach einem **Atomendlager** weiter sehr hoch. 70 Prozent der Befragten gaben an, für das laufende Verfahren zu sein, 19 Prozent äußerten sich dagegen. 11 Prozent der Befragten machten keine Angaben.

Weiterlesen nach der

Unter den Befürwortern des **Atomausstiegs** sind sogar 75 Prozent der Befragten für die **Endlagersuche**, bei den Gegnern sind es mit 69 Prozent auch noch die große Mehrheit. Die repräsentative Umfrage wird alle zwei Jahre im Auftrag des **Bundesamts** für Sicherheit in der **Endlagersuche (BASE)** deutschlandweit gemacht. Die Ergebnisse sollen am kommenden Montag veröffentlicht werden.

**Base**-Präsident wertet Ergebnis als Rückenwind

2013 hat der Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit einen Neustart der Suche nach einem **Endlager** für hoch radioaktive Abfälle beschlossen. Deshalb wird derzeit nach geeigneten Standortregionen gesucht. Bis spätestens 2050 soll ein Lager für rund 27.000 Kubikmeter **Atommüll** gefunden werden, der in mehr als 60 Jahren **Atomkraft** angefallen ist. Bisheriger Ansatz ist es, den gefährlichen **Atommüll** für eine Million Jahre unterirdisch einzulagern. Weiterlesen nach der

**Base**-Präsident Christian Kühn wertete die Umfrage als Rückenwind für das Suchverfahren, welches kürzlich auch im Bundestagswahlkampf durchaus auch von einigen Politikern sehr kritisch bewertet wurde. So forderte etwa CSU-Chef Markus Söder eine Evaluierung des Prozesses, weil in den USA „zunehmend Reaktoren entwickelt“ würden, die sich mit der hohen Wiederverwendbarkeit von Brennstäben beschäftigten.

„Die Umfrage zeigt klar, die Menschen in Deutschland stehen mit großer Mehrheit hinter der **Endlagersuche**. Der politische Konsens, der zur wissenschaftsbasierten und deutschlandweiten **Endlagersuche** geführt hat, wird von der Bevölkerung weiterhin unterstützt“, sagte Kühn.

Interessant ist, dass der Anteil derjenigen, der die Beteiligung der Menschen an der **Endlagersuche** für

wichtig erachtet, in den vergangenen Jahren von rund der Hälfte (2020) auf etwa zwei Drittel (65 Prozent) der Bevölkerung gestiegen ist. Sollte im Suchverfahren am Ende die eigene Region für eine Erkundung ausgewählt werden, würden diese Entscheidung der Umfrage zufolge ungefähr genauso viele Menschen anerkennen wie ablehnen. Männer (48 Prozent) sind hierbei häufiger bereit als Frauen (34 Prozent), eine solche Entscheidung zu akzeptieren.

Kühn fordert Beschleunigung des Suchverfahrens

Mit Blick auf die Zeitperspektive werde in der Umfrage aber deutlich, dass die Akzeptanz des Verfahrens nicht nur an der Sicherheit, sondern auch an der benötigten Zeit bis zur Benennung eines Standortes hänge. „Es braucht deshalb eine Beschleunigung der Suche nach einem Endlager, um die Akzeptanz dauerhaft zu erhalten.“ Weiterlesen nach der

68 Prozent der Befragten hätten erklärt, dass Sicherheit das aus ihrer Sicht wichtigste Kriterium im Suchverfahren sei, gefolgt von Transparenz (12 Prozent), Beteiligung (7 Prozent), Dauer und Kosten (beide je 4 Prozent).

Bei der Suchdauer sprachen sich 40 Prozent für eine Suche ohne zeitliche Parameter aus, 34 Prozent forderten eine erfolgreiche Suche bis 2031, 13 Prozent bis 2040, 3 Prozent bis 2050 und für 1 Prozent wäre auch eine Suche sogar bis 2060 zu vertreten.

RND/dpa

---

**Autor/-in:** Lars-Eric Nievelstein  
[<https://www.hna.de/autoren/19883/>]

**Visits (VpD):** 9,88 (in Mio.)<sup>1</sup>

**Mediengattung:** Online News

**Weblink:** <https://www.hna.de/wirtschaft/rueckkehr-zur-kernenergie-bis-2030-firma-prognostiziert-guenstigem-strom-fuer-alle-zr-93609470.html>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 01-2025

# Rückkehr zur Kernenergie bis 2030: Firma prognostiziert „günstigem Strom“ für alle

Deutschland könnte in wenigen Jahren wieder auf Atomkraft setzen. Ein Atomunternehmen behauptet, dies wäre zu niedrigen Kosten machbar.

Berlin – Rückkehr zur [Atomkraft trotz Atom-Ausstieg: Ist das doch noch möglich?](#) Einige europäische Länder planen derzeit einen verstärkten Ausbau ihrer Kernkraftwerke, und auch die USA [reaktivieren teils seit Jahren stillgelegte AKW](#). In Deutschland kocht derweil immer wieder die Debatte hoch, ob das auch hier noch eine Option wäre. Die gerade erst deaktivierten AKW rücken wieder in den Fokus.

## Comeback für Kernkraftwerke – Atomkraft-Unternehmen sieht leichte Rückkehr zum Atomstrom

Angeblich kann die Bundesrepublik eine Auswahl der [abgeschalteten Kernkraftwerke wieder reaktivieren](#) – und zwar zu geringeren Kosten und in einem höheren Tempo als bislang gedacht. Laut dem AKW-Dienstleister Nukem können die sechs AKW, die zwischen 2021 und 2023 vom Netz gegangen sind, bis spätestens 2030 wieder hochgefahren werden. „Wenn es eine politische Entscheidung dafür gibt, kann Deutschland schon ab 2030 von günstigem und sicherem Strom profitieren“, zitierte die Bild den Nukem-Chef Thomas Seipolt. Allerdings müsse der Rückbau dafür sofort gestoppt werden.

Die Firma ist auf den Rückbau von Meilern spezialisiert. Laut Homepage verfolgt sie unter anderem Projekte in Schweden und in der Ukraine. Laut Seipolt gibt es eine „realistische Comeback-Möglichkeit für die Atomkraft“ – Nukem hat der neuen Bundesregierung angeblich bereits ein Angebot vorgelegt. Dabei gehe es um eine sichere Stromversorgung, um „wettbewerbsfähigen Strom für die Industrie“ sowie um eine Unabhängigkeit von Energieimporten.

## Auch Söder will Kernkraftwerke reaktivieren – „er soll bitte seine Quellen offenlegen“

Die Diskussion um eine Reaktivierung der deutschen Atomkraftwerke brodelt bereits, seitdem Deutschland mit der Stilllegung von AKW begonnen hatte. Erst im Februar 2025 hatte der bayerische Ministerpräsident [Markus Söder](#) (CSU) unter Berufung auf nicht näher genannte [Experten gesagt, die Reaktivierung der 2023 stillgelegten AKW könnte](#) „zeitnah erfolgen“, und das auch noch mit einem „vertretbarem technischen und finanziellen“ Aufwand. Konkret hätte das die Kernkraftwerke Isar 2 (Bayern), Emsland (Niedersachsen) und Neckarwestheim 2 (Baden-Württemberg) betroffen. Die [Betreiber haben in dieser Hinsicht allerdings eine drastisch andere Auffassung als Söder](#). „Für Preussen Elektra ist der Weiterbetrieb von Isar 2 kein Thema mehr“, zitierte die Tagesschau den Betreiber von Isar 2. Der Rückbau habe begonnen und die Anlage sei damit „praktisch nicht mehr reaktivierbar“.

Ähnlich sieht es bei Neckarwestheim 2 aus. EnBW, der Betreiber der Anlage, hatte angegeben, dass der [Rückbau-Status „praktisch gesehen irreversibel“ sei](#). Und auch die Umweltministerin Baden-Württembergs, Thekla Walker (Grüne) hatte sich gegen Söder positioniert. Es gebe eine klare Aussage der Betreiber deutscher AKW. „Wenn Markus Söder Gegenteiliges gehört haben will, dann soll er bitte seine Quellen offenlegen.“ Mehrere bayerische Ministerien hatten jedoch auf Anfrage der Tagesschau nicht zu berichten gewusst, auf welche Experten Söder sich bezogen hatte.

## Rückbau von deutschen Kernkraftwerken fortgeschritten – Betreiber glauben nicht an Reaktivierung

Hintergrund des [Ganzen ist der deutsche Atomausstieg](#). Zum 15. April 2023 hatten die Betreiber der letzten drei noch laufenden Kernkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim abgeschaltet. Eigentlich war dafür ein früheres Datum vorgesehen, aber die [Ampel-Koalition](#) hatte die Laufzeit wegen der durch den [Ukraine-Krieg](#) ausgelösten Energiekrise noch um einige Monate verlängert. Der Rückbau der Anlagen geht laut dem Energiekonzern RWE grundsätzlich in drei Etappen vonstatten. Zunächst geht das Kernkraftwerk in die Nachbetriebphase über – diese beginnt, sobald das Kraftwerk den Leistungsbetrieb einstellt, also endgültig keinen Strom mehr produziert. Diese Phase endet, sobald der Betreiber eine Stilllegungs- und Abbaugenehmigung erhält. Anschließend beginnt die Stilllegung. Hier erfolgen unter anderem ausgiebige Prüfungen darüber, wo und in welchem Maßstab Material der radioaktiven Strahlung ausgesetzt war. Außerdem müssen die Abfolge des Abbaus, die zur Dekontamination einzusetzenden Techniken sowie geplante Entsorgungswege beschrieben werden. Und schließlich folgt die Abbauphase, in der die Anlagenteile demontiert werden.

## AKW-Rückbau kostet Millionen – und soll noch Jahre dauern

Laut dem Betreiber Preussen Elektra hatte das Kernkraftwerk Brokdorf (abgeschaltet bereits 2021) im Oktober 2024 als letztes deutsches Kernkraftwerk die notwendigen Genehmigungen

für den Rückbau erhalten. Bis Mitte der 2030er-Jahre will der Betreiber mit dem Rückbau von Brokdorf fertig sein. Je nach Alter, Größe und Betriebszeit der Anlagen kann ein Rückbau zwischen 500 Millionen und einer Milliarde Euro kosten. Laut RWE [tragen die Betreiber der Kernkraftwerke diese Kosten für gewöhnlich vollständig.](#)

**Wörter:** 667

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG